

Politik



Edmund Stoiber in seinem Dienstwagen.

ddp



Die Union steht auf Dienstwagen Koalition streitet um Steuerprivileg für spritfressende Firmenautos

Jörg Michel

BERLIN. Spritfressende Dienstwagen sorgen für Zank in der Koalition: Die Vorschläge der SPD für eine höhere Besteuerung sind beim Koalitionspartner Union auf Ablehnung gestoßen. "Wir brauchen keine neuen Steuererhöhungen. Man sollte im Zuge der Klimadebatte nicht altbekannte Vorschläge aus der ideologischen Mottenkiste herausholen", sagte die stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Union, Katherina Reiche, der Berliner Zeitung. Statt auf Einzelmaßnahmen zu setzen, benötige die Koalition eine klimapolitische Gesamtstrategie. "Das bringt mehr als jeden Tag eine neue populistische Forderung", betonte Reiche.

Kritik kommt auch von den Finanzpolitikern. "Der aktuelle SPD-Vorschlag widerspricht den Regeln einer verlässlichen Politik", erklärte CDU-Steuerexperte Michael Meister. Er wies darauf hin, dass die Dienstwagenregeln bereits verschärft worden seien. Darüber hinaus werde es mit der Union keine weiteren Einschränkungen geben. Im letzten Jahr hatte die Koalition den Missbrauch von Dienstwagen durch neue Auflagen erschwert.

Vor dem Hintergrund des Klimawandels hatten SPD-Umweltpolitiker vorgeschlagen, die Abschreibungsmöglichkeiten für teure Dienstwagen der Mittel- und Oberklasse zu begrenzen. Derzeit können Firmen die Kosten für Anschaffung und Betrieb komplett von der Steuer absetzen. Nach Vorstellungen der SPD sollen die Verbrauchskosten wie etwa Benzin künftig nur noch bis zu einer bestimmten Höhe geltend gemacht werden können. SPD-Fraktionsvize Ulrich Kelber hatte vorgeschlagen, dies nur noch in dem Umfang zu gestatten, wie es den neuen Zielwerten der EU für den Ausstoß von Kohlendioxid von Autos entspricht. Die Kosten für viele große Limousinen von Daimler, BMW oder Audi könnten dann nicht mehr im vollem Umfang geltend gemacht werden.

In der Bundesregierung stießen die Pläne auf Zustimmung. Bundesumweltminister Sigmar Gabriel (SPD) nannte den Vorschlag interessant und kündigte an, ihn prüfen zu wollen. Gabriel hatte das geltende Dienstwagenprivileg selbst infrage gestellt. Auf Dauer sei es nicht angemessen, dass die Steuerzahler für die klimaschädlichen Autos zur Kasse gebeten würden. Auch will Gabriel die Kfz-Steuer künftig nicht mehr nach Hubraum staffeln, sondern nur noch nach Schadstoffausstoß. Das Bundesfinanzministerium kündigte an, man wolle dazu konkrete Vorschläge erarbeiten.

Mitte der Woche hatte die EU-Kommission in ihrer Klimastrategie einen neuen durchschnittlichen Grenzwert für den Ausstoß von Klimagasen festgelegt. Danach sollen die europäischen Wagen im Schnitt nur noch maximal 130 Gramm Kohlendioxid pro Kilometer ausstoßen. Viele der großen Limousinen liegen erheblich darüber. Ein Fünfer-BMW etwa pustet 200 Gramm in die Luft, ein VW Touareg 270 Gramm. Der neue Wert war nach heftigem Streit festgelegt worden. Der EU-Umweltkommissar, der lange noch schärfere Werte gefordert hatte, war dabei von der Bundesregierung und Industriekommissar Günther Verheugen ausgebremst worden.

Die Gewerkschaft IG Metall ging deswegen gestern demonstrativ auf Distanz zu Verheugen. Nach einem Besuch in Brüssel erklärte der Vorsitzende Jürgen Peters: "Wir haben deutlich gemacht, dass wir Umweltverträglichkeit und Beschäftigung nicht als Widerspruch, sondern als Chance für die Automobilindustrie begreifen." Ökologische Auflagen seien keine Belastung für die Autoindustrie, sondern Chance für produkt- und beschäftigungspolitische Innovationen.

Berliner Zeitung, 10.02.2007

[Weitere Artikel aus dem Ressort »](#)

[Ähnliche Artikel im Archiv »](#)

[Leserbrief »](#)